

Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Schule, Jugend und
Bildung

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Jutta Butterweck
jutta.butterweck@kassel.de
Telefon 0561 787 1224
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königstraße 8
34117 Kassel
W 222a

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

19. März 2014
1 von 1

zur **19.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung lade ich ein
für

**Mittwoch, 26. März 2014, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Inklusion in Kassel umsetzen**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
- 101.17.1205 -
- 2. Zusätzliche Lehrkräfte für Deutschunterricht**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Jutta Schwalm
- 101.17.1225 -
- 3. Lehrerzuweisung aufgrund Sozialindex**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Anke Bergmann
- 101.17.1232 -
- 4. Umsetzung "Modellregion Inklusion"**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Simon Aulepp
- 101.17.1249 -

Mit freundlichen Grüßen

Für die Richtigkeit:

gez. Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Jutta Butterweck
Schriftführerin

Niederschrift

über die 19. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am **Mittwoch, 26. März 2014, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

31. März 2014

1 von 5

Anwesende:

Mitglieder

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne
Anke Bergmann, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD
Helene Freund, Mitglied, SPD
Dr. Rainer Hanemann, Mitglied, SPD
Stefan Kurt Markl, Mitglied, SPD
Birgit Hengesbach-Knoop, Mitglied, B90/Grüne
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne
Helga Weber, Mitglied, B90/Grüne
Marcus Leitschuh, Mitglied, CDU
Bodo Schild, Mitglied, CDU (Vertretung für Dr. Michael von Rüden)
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Heinz Gunter Drubel, Mitglied, FDP bis 17:35 Uhr/TOP 4 (Vertretung für Donald Strube)
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten
Oktay Belen, Vertreter des Ausländerbeirates
Berthold Buechs, Vertreter des Behindertenbeirates
Christel Gusek, Vertreterin des Seniorenbeirates

Magistrat

Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne

Schriftführung

Jutta Butterweck, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Simon Aulepp, Mitglied, Kasseler Linke

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Gabriele Steinbach, Schulverwaltungsamt

Tagesordnung:

1. **Inklusion in Kassel umsetzen** 101.17.1205
2. **Zusätzliche Lehrkräfte für Deutschunterricht** 101.17.1225

- | | | |
|---|-------------|---------|
| 3. Lehrerzuweisung aufgrund Sozialindex | 101.17.1232 | 2 von 5 |
| 4. Umsetzung "Modellregion Inklusion" | 101.17.1249 | |

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 19. März 2014 ordnungsgemäß einberufene 19. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

Frau Gabriele Steinbach, Schulverwaltungsamt und Frau Jutta Butterweck, Büro der Stadtverordnetenversammlung, stimmen einer Veröffentlichung von Film- und Bildaufnahmen ihrer Person nicht zu.

Ausschussvorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann teilt mit, dass sie die Tagesordnungspunkte 1. und 4. wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufrufen wird. Zunächst wird die Anfrage unter TOP 4. beantwortet.

- 4. Umsetzung "Modellregion Inklusion"**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1249 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie ist der Zeitplan für die Umsetzung der „Modellregion inklusive Beschulung“ gestaltet, welche Schritte sind bereits erfolgt, welche sind weiter vorgesehen?
2. In welcher Form ist geplant, Eltern-, Schüler- und Lehrervertretungen /-verbände an Planung und Umsetzung zu beteiligen?
3. Welche Schulen werden beteiligt? Werden auch die Kasseler Gymnasien einbezogen?
4. Welche Förderschulen sollen geschlossen werden?
5. Welche Mittel wird der Schulträger als zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen?

Stadträtin Janz beantwortet die Anfrage und die weiteren Nachfragen der Ausschussmitglieder und sagt eine schriftliche Antwort als Anlage zur Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Janz erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

- 1. Inklusion in Kassel umsetzen**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne
- 101.17.1205 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, sich für die Stadt Kassel, stadtweit oder stadtteilbezogen, in Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen zur Inklusion im Bereich Kinder und Jugendliche, als Modellregion Inklusion bei der hessischen Landesregierung zu bewerben. Der Magistrat möge die hierfür notwendigen Gespräche mit den Schulen und sonstigen Kooperationspartnern führen. Ein Zwischenbericht über den Stand der Bewerbung bzw. den Verlauf der Gespräche soll im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung erfolgen.

Stadtverordnete Bergmann, SPD-Fraktion und Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann, Fraktion B90/Grüne begründen den gemeinsamen Antrag ihrer Fraktionen.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: --

Enthaltung: CDU

Abwesend: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne betr. Inklusion in Kassel umsetzen, 101.17.1205, wird **zugestimmt**.

Im Verlauf der regen Diskussion bringt Stadtverordneter Leitschuh, CDU-Fraktion, folgenden Änderungsantrag ein.

➤ Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Antrag 101.17.1205 wird wie folgt geändert (Änderungen fett):

Der Magistrat wird gebeten, **sich ein Konzept** für die Stadt Kassel, stadtweit oder stadtteilbezogen, in Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen zur Inklusion im Bereich Kinder und Jugendliche **zu erstellen! Dieses Konzept wird dann der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung vorgelegt und kann bei einer Zustimmung als Grundlage für eine Bewerbung** als Modellregion Inklusion bei der hessischen Landesregierung **genutzt werden. zu bewerben.** Der Magistrat möge die hierfür notwendigen Gespräche mit den Schulen und sonstigen Kooperationspartnern führen. Ein Zwischenbericht über den Stand der Bewerbung bzw. den Verlauf der Gespräche soll im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung erfolgen.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

Abwesend: Kasseler Linke, FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne betr. Inklusion in Kassel umsetzen, 101.17.1205, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

2. Zusätzliche Lehrkräfte für Deutschunterricht

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.1225 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wurden Kassel zusätzliche Lehrkräfte für die Erteilung von Deutschunterricht für die Seiteneinsteiger mit ausländischem Hintergrund vom Land Hessen zugewiesen?
2. Wenn ja, nach welchen Kriterien fand die Verteilung bzw. Zuweisung statt?
3. Welchen Kasseler Schulen wurden zusätzliche Lehrkräfte für die Erteilung von Deutschunterricht für Seiteneinsteiger mit ausländischem Hintergrund zugewiesen?

Stadträtin Janz beantwortet die Anfrage und verweist außerdem auf die Präsentation „Förderung von Schülerinnen und Schülern nicht deutscher Herkunftssprache in der Stadt Kassel“ von Herrn Dr. Ernst Purmann, Staatliches Schulamt, die als Anlage zum Protokoll der Ausschusssitzung vom Mai 2013 einzusehen ist.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Stadträtin Janz für erledigt.

3. Lehrerzuweisung aufgrund Sozialindex

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

- 101.17.1232 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, über den Hessischen Städtetag auf die Landesregierung einzuwirken, dass die Verteilung der Lehrerzuweisung aufgrund des Sozialindex auf die Schulträger übertragen wird.

Stadtverordnete Bergmann, SPD-Fraktion begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne.

Stadträtin Janz teilt mit, dass sie das Thema erneut beim Hessischen Kultusministerium angesprochen hat. Auf Wunsch von Stadtverordneten Schild, CDU-Fraktion, erklärt sie zu Protokoll, dass die Stadt -wenn sie die Möglichkeit hätte- die Verteilung der Lehrer aufgrund der vorliegenden Daten aus der Jugendhilfe, nämlich Harz IV-Bezug, Migrationshintergrund und Wohnsituation, vornehmen würde.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: Kasseler Linke, FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne betr. Lehrerzuweisung aufgrund Sozialindex, 101.17.1232, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Leitschuh

Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Jutta Butterweck
Schriftführerin

Vorlage Nr. 101.17.1205

4. Februar 2014
1 von 1

Inklusion in Kassel umsetzen

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, sich für die Stadt Kassel, stadtweit oder stadtteilbezogen, in Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen zur Inklusion im Bereich Kinder und Jugendliche, als Modellregion Inklusion bei der hessischen Landesregierung zu bewerben. Der Magistrat möge die hierfür notwendigen Gespräche mit den Schulen und sonstigen Kooperationspartnern führen. Ein Zwischenbericht über den Stand der Bewerbung bzw. den Verlauf der Gespräche soll im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung erfolgen.

Begründung:

Berichterstatter/-in:

Stadtverordnete Dr. Martina van den Hövel-Hanemann

Christian Geselle
Fraktionsvorsitzender SPD

Dieter Beig
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Vorlage Nr. 101.17.1225

24. Februar 2014
1 von 1

Zusätzliche Lehrkräfte für Deutschunterricht

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wurden Kassel zusätzliche Lehrkräfte für die Erteilung von Deutschunterricht für die Seiteneinsteiger mit ausländischem Hintergrund vom Land Hessen zugewiesen?
2. Wenn ja, nach welchen Kriterien fand die Verteilung bzw. Zuweisung statt?
3. Welchen Kasseler Schulen wurden zusätzliche Lehrkräfte für die Erteilung von Deutschunterricht für Seiteneinsteiger mit ausländischem Hintergrund zugewiesen?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Jutta Schwalm

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1232

25. Februar 2014
1 von 1

Lehrerzuweisung aufgrund Sozialindex

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, über den Hessischen Städtetag auf die Landesregierung einzuwirken, dass die Verteilung der Lehrerzuweisung aufgrund des Sozialindex auf die Schulträger übertragen wird.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Anke Bergmann

Christian Geselle Fraktionsvorsitzender SPD	Dieter Beig Fraktionsvorsitzender B90/Grüne
--	---

Vorlage Nr. 101.17.1249

12. März 2014
1 von 1

Umsetzung "Modellregion Inklusion"

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie ist der Zeitplan für die Umsetzung der „Modellregion inklusive Beschulung“ gestaltet, welche Schritte sind bereits erfolgt, welche sind weiter vorgesehen?
2. In welcher Form ist geplant, Eltern-, Schüler- und Lehrerververtretungen /-verbände an Planung und Umsetzung zu beteiligen?
3. Welche Schulen werden beteiligt? Werden auch die Kasseler Gymnasien einbezogen?
4. Welche Förderschulen sollen geschlossen werden?
5. Welche Mittel wird der Schulträger als zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in:

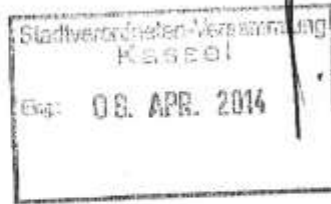
Stadtverordneter Simon Aulepp

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender

ZU TOP 4

-4021-

20. März 2014
Frau Teuber



-V-

Anfrage zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung am 26.03.2014

**Modellregion Inklusion
Vorlage Nr. 101.17.1249**

1. Wie ist der Zeitplan für die Umsetzung der „Modellregion Inklusive Beschulung“ gestaltet, welche Schritte sind bereits erfolgt, welche sind weiter vorgesehen?

Die Modellregion Inklusive Bildung ist ein auf mehrere Jahre angelegter und begleiteter stadtweiter Entwicklungsprozess zur Umsetzung der Inklusion. Zur Unterstützung der allgemeinen Schulen soll anstelle der derzeit bestehenden regionalen Beratungs- und Förderzentren an den Förderschulen ein Inklusionszentrum eingerichtet werden, dessen Zuständigkeit das gesamte Stadtgebiet umfasst. Vorgesehen ist die Erarbeitung des Konzepts bis zum Schuljahr 2015/16. Die Ergebnisse werden in die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans einfließen.

Es besteht bereits eine Lenkungsgruppe, der neben den Fachämtern der Stadt Kassel auch das Staatliche Schulamt angehört. Um die Öffentlichkeit aber auch die Schulen für das Konzept der inklusiven Bildung zu gewinnen, ist es notwendig, dass das Inklusionskonzept in einem größeren gesellschaftlichen Kontext diskutiert wird. Daher ist beabsichtigt, im Mai 2014 eine Auftaktveranstaltung durchzuführen, zu der alle Schulen, Eltern- und Schülervertretung, Behindertenverbände sowie weitere Institutionen und Vertreter/innen der politischen Parteien eingeladen werden. Im Juni 2014 findet der Fachtag des Staatlichen Schulamtes zum Thema „Inklusive Schule“ statt.

Weitere Schritte:

- Willensbekundung Schulträger und Staatliches Schulamt
- Beratung durch das Hessische Kultusministerium im Vorfeld der Konzepterarbeitung
- Konzepterarbeitung
- Vorlage des Entwurfs
- Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes
- Kooperationsvereinbarung zwischen Schulträger und Hessischem Kultusministerium
- Fortschreibung der Gesamtkonzeption mit den Akteuren

2. In welcher Form ist geplant, Eltern-, Schüler- und Lehrervertretungen/ -verbände an Planung und Umsetzung zu beteiligen?

Schulen, Eltern- und Schülervertretungen werden zur Auftaktveranstaltung im Mai 2014 eingeladen. Wir wünschen uns ihre aktive Mitarbeit in der einzurichtenden Steuerungsgruppe sowie den Unterarbeitsgruppen, die verschiedene Schwerpunktthemen bearbeiten werden.

3. Welche Schulen werden beteiligt? Werden auch die Kasseler Gymnasien einbezogen?

Alle Schulen und sämtliche Schulformen in Kassel werden einbezogen.

4. Welche Förderschulen sollen geschlossen werden?

Für die Umsetzung der Modellregion Inklusive Bildung ist der Abbau stationärer Systeme Voraussetzung. Dies bedeutet jedoch nicht die sofortige Schließung von Förderschulen. In die Überlegungen und Planungen zur Konzeptentwicklung werden alle Förderschulen gleichermaßen einbezogen. Ziel des Schulträgers ist der Erstellung eines gesamtstädtischen Konzepts.

5. Welche Mittel wird der Schulträger als zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen?

Die Frage der Ressourcen ist Bestandteil des zu entwickelnden Konzepts „Modellregion Inklusive Bildung“ und muss noch geklärt werden. Es wird bereits jetzt darauf hingewiesen, dass die Realisierung der Modellregion städtische Sozialarbeit benötigt.



Steinbach